

Matthias Hauer

Ihr Abgeordneter für den Essener Süden und Westen

Newsletter ... 14/15

04.12.2015



Matthias Hauer MdB unterschreibt auf den „Bändern der Verbundenheit“, die als Zeichen der Solidarität an die Einsatzorte von etwa 3.000 Bundeswehrangehörigen geschickt werden. Diese Soldatinnen und Soldaten können das Weihnachtsfest nicht im Kreise ihrer Familie verbringen.

Bundestag beschließt Mandat für Syrien

Mit großer Mehrheit hat der Deutsche Bundestag am 4. Dezember dem Einsatz der Bundeswehr im Kampf gegen den Islamischen Staat (IS) zugestimmt. Bis zu 1.200 Soldatinnen und Soldaten sollen sich zunächst bis zum 31. Dezember 2016 daran beteiligen. Die deutschen Streitkräfte werden über dem Operationsgebiet des IS in Syrien sowie auf dem Territorialgebiet von Staaten, von denen eine Genehmigung der jeweiligen Regierung vorliegt, sowie im Seegebiet östliches Mittelmeer, Persischer Golf, Rotes Meer und in angrenzenden Seegebieten eingesetzt. Deutschland wird vor allem durch Aufklärung die internationale Allianz gegen den Terror unterstützen. Bundesverteidigungsministerin Dr. Ursula von der Leyen betonte, wie wichtig diese Aufgabe sei: So können die Bewegungen der IS-Kämpfer besser erkannt und die tatsächliche Größe des IS-Operationsgebietes aufgeklärt werden. Darüber hinaus wird die Bundeswehr Tankflugzeuge zur Luft-zu-Luft-Betankung, eine Fregatte als Begleitschutz für den französischen Flugzeugträger sowie Personal in Stäben und Hauptquartieren beisteuern. Der Bundeswehreinsatz ist eingebettet in einen breiten politischen Ansatz, der von der großen Mehrheit der Staatengemeinschaft getragen wird und politische, humanitäre und militärische Ebenen hat. Ziel ist es, den IS einzudämmen und den Irak zu stabilisieren. Schon 2014 hat sich eine breite Allianz zur Bekämpfung der Terrororganisation formiert, der inzwischen über 64 Staaten angehören. Seit 2014 unterstützt Deutschland im Rahmen dieser Allianz die Peschmerga im Nordirak durch Ausbildungs- und Ausrüstungshilfe. Intensive diplomatische Bemühungen stehen weiterhin im Vordergrund. Der Bund hat zudem im Haushalt 2016 die Mittel für humanitäre Hilfe und Krisenprävention sowie zur Bekämpfung von Radikalisierung stark erhöht (siehe S. 2).

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Essenerinnen und Essener!

Heute habe ich dem Bundeswehrmandat für den Kampf gegen die Terrormiliz IS zugestimmt. Deutschland engagiert sich auch jetzt schon in der internationalen Allianz gegen den IS-Terror: zum Beispiel durch humanitäre Hilfe und durch Unterstützung der Peschmerga im Nordirak.

Auch der heute beschlossene Bundeswehreinsatz ist in eine internationale Gesamtstrategie eingebettet, zu der Deutschland ebenfalls seinen Beitrag leisten sollte. Wir tragen durch ein Paket aus humanitären, politischen und militärischen Maßnahmen dazu bei, den Menschen vor Ort zu helfen, die Terrormiliz IS einzudämmen, dem IS die wirtschaftliche Grundlage zu entziehen, die Region zu stabilisieren und Fluchtursachen zu bekämpfen.

Unsere Soldatinnen und Soldaten stehen vor einer wichtigen und gefährlichen Aufgabe, vor der ich hohen Respekt habe. Ihnen gebührt unsere Wertschätzung und Anerkennung. Das gilt gerade für die Bundeswehrangehörigen, die im Einsatz für den Frieden mit Leib und Leben für unsere Werte eintreten.

Ihr

Matthias Hauer MdB



Berlin



Bundesfinanzminister Dr. Wolfgang Schäuble berichtet am 2. Dezember im Finanzausschuss des Deutschen Bundestages über aktuelle finanzpolitische Themen und stellt sich den Fragen der Parlamentarier.

Bundeshaushalt 2016: Rekord bei Bildungsetat

Am 27. November hat der Deutsche Bundestag den Bundeshaushalt für das Jahr 2016 beschlossen. Eingeplant sind Gesamtausgaben von 316,9 Mrd. Euro. Auch im kommenden Jahr nimmt der Bund keine neuen Schulden auf und verabschiedet somit den dritten ausgeglichenen Haushalt in Folge. Die Mittel für innere Sicherheit werden deutlich aufgestockt. Gleichzeitig werden von 2016 bis 2018 zusätzlich zehn Milliarden Euro investiert. Der Schwerpunkt der Investitionen liegt auf der Verkehrsinfrastruktur, der digitalen Infrastruktur, der Energieeffizienz und der Städtebauförderung. Im Haushalt enthalten sind außerdem der Abbau der kalten Progression sowie die Anhebung von Kinderfreibetrag, Kindergeld und Kinderzuschlag ab 2016. Damit werden insbesondere Arbeitnehmer und Familien im Umfang von über fünf Milliarden Euro pro Jahr entlastet. Der Bundeshaushalt 2016 stellt zudem mit 16,4 Mrd. Euro für den Bereich Bildung und Forschung einen Rekord auf. 800 Millionen Euro fließen in die Förderung des Mittelstandes. Der Bundeshaushalt 2016 berücksichtigt auch die jüngsten Beschlüsse in der Flüchtlingspolitik (Details siehe Kasten rechts).

Bundeshaushalt 2016

Flüchtlingspolitik

Der Bund stellt 2016 ca. 7,8 Mrd. Euro mehr zur Bewältigung der Flüchtlingssituation bereit. Davon sind über 3 Mrd. Euro bundeseigene Ausgaben, z.B. für ALG II-Leistungen, und über 4 Mrd. Euro für die Länder und Kommunen. Die Rücklage zur Finanzierung der Flüchtlingskosten wird 2016 auf 6,1 Mrd. Euro aufgestockt. Das Innenressort erhält 1 Mrd. Euro mehr für zusätzliche Stellen beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, bei den Sicherheitsbehörden und beim Technischen Hilfswerk.

Bekämpfung der Fluchtursachen

Im Etat des Auswärtigen Amtes werden 400 Mio. Euro zusätzlich für humanitäre Hilfe und Krisenprävention, insbesondere in den Nachbarländern Syriens, bereitgestellt. Deutschland unterstützt dort z.B. internationale Organisationen bei der Flüchtlingshilfe in den Konfliktgebieten. Auch das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung erhält 370 Mio. Euro mehr für die Bereiche „Krisenbewältigung“ und „Fluchtursachen bekämpfen“. Die unionsgeführten Koalitionen haben den Etat des Bundesentwicklungsministeriums seit der Übernahme der Regierungsverantwortung von Rot-Grün fast verdoppelt.



Der Präsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz, Dr. Hans-Georg Maaßen, berichtet der „cdu2017“ über die aktuelle Gefährdungslage.

„cdu2017“ tagt zur Sicherheitspolitik

Bereits zum fünften Mal haben sich am 29. und 30. November junge Bundestags- und Landtagsabgeordnete sowie Vertreter der Jungen Union im Rahmen der Initiative „cdu2017“ in Berlin getroffen. Auch Matthias Hauer MdB war dabei. Im Mittelpunkt der Diskussion standen Fragen rund um Europa und die Flüchtlingskrise. Neben dem Bayerischen Ministerpräsidenten a.D., Dr. Edmund Stoiber, war auch der Präsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz, Dr. Hans-Georg Maaßen, zu Gast. „Gerade die schrecklichen Ereignisse in Frankreich müssen sicherheitspolitische Fragen noch stärker ins Blickfeld deutscher und europäischer Politik rücken“, sagte Matthias Hauer. Die Initiative „cdu2017“ hat sich Ende 2013 gegründet und beschäftigt sich mit den aktuellen Herausforderungen der CDU als Volkspartei.

Berlin



Matthias Hauer MdB bei seiner Rede im Deutschen Bundestag am 4. Dezember zur Einsetzung eines Untersuchungsausschusses zur Aufklärung der Cum-Ex-Geschäfte.

Rede: Cum-Ex-Geschäfte strafrechtlich aufklären

Am 4. Dezember hat der Deutsche Bundestag über die Einsetzung eines vierten Untersuchungsausschusses debattiert. Dabei geht es um einen Antrag beider Oppositionsfraktionen, die sogenannten Cum-Ex-Geschäfte (siehe Info-Box rechts) im Zeitraum 1999 bis 2012 weiter zu beleuchten.

Matthias Hauer MdB betonte in seiner Rede dazu: „Wir brauchen die konsequente Aufdeckung und strafrechtliche Verfolgung der Cum-Ex-Fälle. Wer Geschäfte auf Kosten der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler gemacht oder daran mitgewirkt hat, muss zur Rechenschaft gezogen werden. Die Cum-Ex-Geschäfte waren rechtswidrig und kriminell.“ Die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses dazu sieht der Essener Abgeordnete jedoch nicht als die richtige Lösung an. „Nach Einschreiten des Gesetzgebers und des Bundesfinanzministeriums unter Minister Wolfgang Schäuble sind Cum-Ex-Geschäfte heute nicht mehr möglich“, sagt er. „Eine strafrechtliche Aufarbeitung liegt nun nicht in der Hand des Parlaments, sondern vielmehr bei der Finanzverwaltung, den Strafverfolgungsbehörden und der Gerichtsbarkeit. Das Parlament sollte mit aller Kraft die heutigen Probleme angehen anstatt bereits gelöste Probleme erneut zu besprechen.“

Schutz für christliche Flüchtlinge

Die Situation christlicher Flüchtlinge in deutschen Asylunterkünften war Thema eines Expertengesprächs des Stephanuskreises der CDU/CSU-Bundestagsfraktion am 1. Dezember. Eingeladen waren der Vorsitzende des Zentralverbandes der orientalischen Christen, Mike Malke, sowie Markus Bensmann und Andreas Konen vom Malteser Hilfsdienst. Die Malteser bieten derzeit deutschlandweit etwa 50.000 Unterbringungsplätze für Flüchtlinge an. Die Experten berichteten von ihren Erfahrungen. Im Mittelpunkt der Diskussion mit den Abgeordneten stand die Frage, ob gerade christliche und jesidische Flüchtlinge mehr Schutz benötigen. „Wir müssen Konsequenzen folgen lassen, wenn Menschen in deutschen Unterkünften wegen ihrer Religion Drohungen oder Gewalt erfahren“, betonte Matthias Hauer.

Untersuchungsausschuss

Was sind Cum-Ex-Geschäfte?

Bei den Cum-Ex-Geschäften haben vermeintlich findige Banken und Investoren Aktiengeschäfte allein mit dem Ziel getätigt, sich die Kapitalertragsteuer zweimal erstatten zu lassen, obwohl diese nur einmal gezahlt wurde.

Grundlage dieses kriminellen Geschäfts war ein Aktienhandel rund um den Dividendentermin – nämlich kurz davor (Cum-Dividende) und danach (Ex-Dividende). Durch Leerverkäufe und das gezielte Ausnutzen von Fristen fielen der rechtliche und der wirtschaftliche Eigentümer der Aktie auseinander.

So gelang es, die Kapitalertragsteuer doppelt bescheinigt zu bekommen. Das war damals noch möglich, weil es nicht dieselbe Stelle war, die den Steuerabzug vornahm und die die Steuerbescheinigung ausstellte. Die beteiligten Banken und Investoren haben erhebliche Anstrengungen unternommen, um ihre Handlungen zu verschleiern.

Nachdem die Cum-Ex-Geschäfte bekannt wurden, hat die Politik gehandelt und sie unterbunden. Seit 2012 wird die Kapitalertragsteuer nunmehr durch das Kreditinstitut, das die Dividende auszahlt, sowohl abgeführt als auch bescheinigt.



Der Stephanuskreis der CDU/CSU-Bundestagsfraktion setzt sich für den Schutz verfolgter Christen, Religionsfreiheit und religiöse Toleranz ein.

Essen



Am 28. November war Matthias Hauer MdB wieder in der Essener Innenstadt Grundgesetze zu verteilen und über die Gefahren des Salafismus zu informieren. Die Grundgesetzaktion fand erneut regen Zuspruch bei den Passantinnen und Passanten.

Matthias Hauer: Weiter über die Gefahren des Salafismus informieren

Am 28. November hat Matthias Hauer MdB gemeinsam mit CDU-Mitgliedern in der Essener Innenstadt Grundgesetze verteilt. „Gerade die aktuellen Entwicklungen zeigen deutlich, dass wir unsere Demokratie, unsere Freiheit und insbesondere die im Grundgesetz verankerten Grundrechte verteidigen müssen“, betont Matthias Hauer. „Das Grundgesetz gilt für alle hier lebenden Menschen. Dies werden wir auch weiterhin klar herausstellen.“

Darüber hinaus informierte Matthias Hauer die Passantinnen und Passanten über die Gefahren des Salafismus. Der Salafismus ist eine besonders radikale Form des

Islamismus. Zentraler Bestandteil der Ideologie ist der propagierte allumfassende Geltungsanspruch des islamischen Rechts, der Scharia.

„Nicht alle Salafisten sind Terroristen, aber fast alle Islamisten mit Deutschlandbezug, die zur Durchsetzung ihrer Ziele Gewalt befürworten, waren zuvor mit salafistischen Strukturen in Kontakt“, betont Matthias Hauer.

Charta zur Betreuung Sterbender

Am 14. November hat Oberbürgermeister Thomas Kufen für die Stadt Essen die „Charta zur Betreuung schwerstkranker und sterbender Menschen in Deutschland“ unterzeichnet. Der Deutsche Bundestag hatte am 5. November ein Gesetz zum Ausbau der Hospiz- und Palliativversorgung in Deutschland verabschiedet; dies fand bei der Veranstaltung viel Zustimmung. „Ich freue mich über das positive Echo zu unserem Gesetz“, sagte Matthias Hauer MdB. Rahmen für die Unterzeichnung der Charta war das Symposium „Eine Stadt entscheidet sich für Palliativversorgung und Hospizkultur“. Die Veranstaltung stellte die Bedürfnisse der Betroffenen in den Mittelpunkt und thematisierte u.a. den Essener Standard zur Palliativversorgung und Hospizkultur in Essener Krankenhäusern.



Gedenken an Terroropfer in Paris

Mit einem ökumenischen Gottesdienst in der Marktkirche in der Innenstadt haben fast 200 Essenerinnen und Essener am 16. November der Opfer der Anschläge in Paris gedacht. „Ich bin zutiefst schockiert über den Terror in Paris. Meine Gedanken sind bei den vielen Toten und Verletzten sowie bei deren Angehörigen und Freunden“, sagte Matthias Hauer MdB nach den Anschlägen. „Jetzt muss Europa zusammenhalten – für Frieden und Freiheit, gegen Terror und Gewalt.“ Superintendentin Marion Greve, Stadtdechant Dr. Jürgen Cleve und Imam Dindar von der Fatih Moschee in Katernberg riefen zu Frieden und Toleranz auf. Dindar verlas zudem eine Erklärung, in der die Anschläge in Frankreich scharf verurteilt wurden.



Essen



Bürgersprechstunde auf der Messe „Mode Heim Handwerk“: Am 14. und 15. November tauschten sich viele interessierte Messebesucher mit dem Bundestagsabgeordneten aus. Schon im Vorjahr hatte Matthias Hauer MdB den Messestand des Deutschen Bundestages zu einer Bürgersprechstunde genutzt.



Bürgersprechstunden auf der Messe und in Überruhr

Auch in diesem Jahr stand Matthias Hauer MdB wieder am Stand des Deutschen Bundestages auf der Messe „Mode Heim Handwerk“ den Besuchern Rede und Antwort. Am 14. und 15. November konnten sich interessierte Bürgerinnen und Bürger mit dem Essener Bundestagsabgeordneten austauschen und mehr über seine Arbeit in Essen und in Berlin erfahren.

Nächste Bürgersprechstunde am 12. Dezember in Überruhr: Am 12. Dezember 2015 lädt Matthias Hauer MdB von 10 bis 12 Uhr beim adventlichen Infostand des CDU-Ortsverbandes Überruhr am Eingang des Einkaufszentrums in der Schulte-Hinsel-Straße zu seiner nächsten Bürgersprechstunde ein. Zum Gespräch stehen dort auch Thomas Ziegler, Norbert Mering und Laura Hemmer aus dem Vorstand der CDU Überruhr sowie Bezirksvertreter Heinz Böcker bereit. „Ich freue mich schon auf den Austausch in Überruhr – kommen Sie gerne vorbei“, sagt Matthias Hauer.



Weihnachtliche Lichter in Holsterhausen

In Holsterhausen hat Matthias Hauer MdB die Patenschaft für die weihnachtliche Beleuchtung der Gemarkenstraße übernommen. Am 28. November wurden dort die ersten Lichter angeschaltet. „Hoffentlich werden weitere folgen“, betont Matthias Hauer MdB bei seinem Besuch beim Holsterhauser Bürgerbund. Susanne Groppe, Vorsitzende des Holsterhauser Bürgerbundes, hofft ebenfalls, dass nun die Lichtertradition im Stadtteil wieder auflebt. Händler und Kunden hatten sich die Beleuchtung in der Vorweihnachtszeit gewünscht. Auch die örtlichen Rats Herrn Jörg Uhlenbruch und Dr. Andreas Kalipke waren am 28. November vor Ort und unterstützten die Aktion.



Lesemarathon anlässlich 10 Jahre Lesebündnis

Am 19. November hat das Essener Lesebündnis mit einem zwölfstündigen Lesemarathon seinen 10. Geburtstag gefeiert. 23 Persönlichkeiten aus Essen lasen zwischen 9 und 21 Uhr in der Essener Zentralbibliothek aus verschiedenen Büchern vor. Matthias Hauer MdB überraschte die kleinen Zuhörer mit zwei Geschichten aus dem Kinderbuch „Hier kommt Flocki!“ von Achim Bröger. „Vorlesen macht Lust auf Lesen und damit auch auf Bildung. Daher werbe ich gern für das Vorlesen“, sagte der Essener Bundestagsabgeordnete. „Ich freue mich sehr, dass Matthias Hauer und viele weitere Persönlichkeiten aus Essen unsere Aktion unterstützen“, betonte Hans Schippmann, 1. Vorsitzender des Essener Lesebündnis e.V.

Kontakt



Büro Berlin

Deutscher Bundestag
Matthias Hauer MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Tel.: 030 227 75169

Fax: 030 227 76169

Unterstützen mich in Berlin: Dirk Stahns,
Elena Zettelmeyer, Katrin Arnholz (v.l.)



Büro Essen

Matthias Hauer MdB
Blücherstr. 1
45141 Essen

Tel.: 0201 545 46100

Fax: 0201 545 46101

Unterstützen mich in Essen: Constantin Hesselmann,
Daniela Rittkowski, Marie Kohls (v.l.) sowie
Nils Sotmann

E-Mail: matthias.hauer@bundestag.de

Facebook: facebook.com/matthiashauer.cdu

Twitter: twitter.com/MatthiasHauer

